



DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF MdB

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Einsatz in Afghanistan

Fragen und Antworten

6. überarbeitete Ausgabe

>>> Einsatz in Afghanistan

32 Mio. Einwohner, 652.225 km² Fläche. Afghanistan ist sechstärmstes Land der Erde, alle Entwicklungsindikatoren weisen auf erhebliche Defizite hin. Kaum Industrieproduktion vorhanden, 80% der Bevölkerung im landwirtschaftlichen Bereich tätig. Infrastruktur (Straßen, Energie, Wasser) muss nach Vertreibung der Taliban völlig neu aufgebaut werden. Größte Herausforderungen neben der Sicherheitslage: Arbeitslosigkeit, Korruption, Drogenbekämpfung. Abhängigkeit von externer Hilfe hoch, schwache Umsetzungskapazitäten auf afghanischer Seite behindern Wiederaufbauprozess.

ISAF:

International Security Assistance Force, Stabilisierungseinsatz durch internationale Sicherheitsbeistandstruppe. Deutschland ist drittgrößter Truppensteller, das (deutsche) Regionalkommando Nord erstreckt sich auf rund ein Viertel der Landesfläche.

OEF:

Die „Operation Enduring Freedom“ dient der umfassenden Bekämpfung des internationalen Terrorismus und ist nicht auf Afghanistan beschränkt. Deutschland beteiligt sich mit Marine-Einheiten am Horn von Afrika. In Afghanistan sind unsere Soldaten nur im Rahmen von ISAF engagiert.

Bundeswehr:

Seit 2001 in Afghanistan; aktuelles Mandat (Beschluss am 26.2.2010) sieht Obergrenze von 5.350 Soldaten vor. 43 deutsche Soldaten sind in Afghanistan umgekommen (davon 26 Gefallene).

Deutsche Wiederaufbauhilfe:

Insg. 1,33 Mrd. € (2001-10), damit drittgrößter bilateraler Geber (nach USA und Japan). Schwerpunkte sind Energie, Trinkwasserversorgung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Bildung.

>>> „Warum sind wir mit der Bundeswehr in Afghanistan?“

Der ISAF-Einsatz wurde vom UNO-Sicherheitsrat am 20.12.01 einstimmig als Reaktion auf die Anschläge des 11. September beschlossen; zwei Tage später beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit (538:35:8) das Mandat zur deutschen Beteiligung.

- Der Einsatz der Bundeswehr war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes.
- Unsere Sicherheit wird heute von Entwicklungen gefährdet, die weit außerhalb unserer Grenzen entstehen können. Die Sicherheit und Stabilität Afghanistans wirken sich unmittelbar auf uns aus.
- Die Terrorangriffe von New York, Washington, Madrid und London hatten ihren Ursprung in den Ausbildungslagern von Al Qaida und der Taliban. Einige der dort ausgebildeten Terroristen haben inzwischen auch in Deutschland verheerende Terroranschläge geplant (Sauerland-Gruppe).
- Taliban und Al-Qaida sind in Afghanistan weiter aktiv. Sie planen weitere Anschläge gegen den Westen. Und Organisationen wie Al Qaida versuchen, in den Besitz von Nuklearwaffen oder nuklearem Material im Nachbarland Pakistan zu kommen.
- Wir müssen den Gefahren für Sicherheit und Freiheit unseres Landes dort begegnen, wo sie entstehen. Afghanistan darf nicht wieder ein gescheiterter Staat werden, von dem aus Terroristen gegen uns agieren können.
- Der Einsatz der Bundeswehr bleibt Ultima Ratio. Sicherheit kann es auf Dauer nicht ohne Entwicklung geben. Aber Sicherheit ist die Voraussetzung jeder Entwicklung und dafür, dass in Afghanistan nicht wieder Brutstätten des internationalen Terrorismus entstehen, die uns in Europa und der Welt bedrohen.
- Die Strategie der „Übergabe in Verantwortung“ ist der richtige Weg. Mit verstärktem Bundeswehreinsatz und Wiederaufbauhilfe sollen in den nächsten vier Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die militärische Präsenz schrittweise zurückgeführt werden kann.
- „Ein einseitiger Abzug der Bundeswehr wäre kein Beitrag zur Übergabe in Verantwortung, sondern ein Beispiel für Aufgabe in Verantwortungslosigkeit.“ (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung vom 27. Januar 2010)
 - Mit einem einseitigen Abzug würden wir auch unsere NATO-Partner, die mit ihrem Einsatz zu unserer Sicherheit beitragen, im Stich lassen.
- Und er würde die Gefahr für Deutschland nicht verringern, sondern die Terroristen nur zu Anschlägen gegen unser Land ermutigen.
- „Unser Einsatz ist nicht auf Dauer angelegt, aber auf Verlässlichkeit“. (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung vom 22. April 2010)

>>> „Wie lange bleiben wir noch in Afghanistan?“

Der Einsatz dauert länger, und er ist schwieriger, als wir zu Beginn vor gut acht Jahren gedacht haben. Es hat Rückschläge gegeben, die wir so nicht vorausgesehen haben. Es ist eine Bewährungsprobe für die drei Grundprinzipien, die die deutsche Außenpolitik leiten – der Dienst für den Frieden, der wehrhafte Rechtsstaat, feste Bündnisse und Partnerschaften. (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung 27. Januar 2010)

- Der ISAF-Einsatz kann beendet werden, wenn in Afghanistan selbsttragende Strukturen geschaffen sind, die so sicher sind, dass von Afghanistan keine Gefährdung für die Internationale Gemeinschaft ausgeht.
- Je schneller dieses Ziel mit unserer Hilfe erreicht wird, desto eher kann der militärische Einsatz beendet werden.
- Deshalb soll die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte beschleunigt werden: Bis Oktober 2012 sollen statt derzeit 197.000 insges. 305.600 Sicherheitskräfte (171.600 Soldaten / 134.000 Polizisten) bereit stehen.
- Deutschland wird in seinem Verantwortungsbereich Nordafghanistan dafür:
 - die Ausbildung von afghanischen Soldaten erheblich ausweiten (1.400 statt 280 Ausbilder),
 - den Aufbau der Polizei Afghanistans so intensivieren, dass jährl. 5000 Polizisten (insges. 15.000 = ca. 1/3 des Gesamtbedarfs) ausgebildet werden.
- Perspektive für den Beginn des Abzugs: Gelingt die Umsetzung der Londo-ner Strategie, wird die Verantwortungsübergabe in einzelnen Distrikten Nordafghanistans Anfang 2011 eingeleitet. Dann nicht mehr benötigte Fähigkeiten sollen ab Ende 2011 reduziert werden.
- Wir unterstützen das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 schrittweise die Verantwortung für die Sicherheit zu übernehmen.
- Ein endgültiges Abzugsdatum für die Bundeswehr kann aber heute noch nicht genannt werden. Wir bleiben so lange in Afghanistan, wie es notwendig ist, aber wir bleiben keinen Tag länger!
- Die Präsenz der zivilen Wiederaufbauhelfer in Afghanistan wird wesentlich länger notwendig bleiben als die Präsenz der Bundeswehr.
- Die ISAF-Soldaten stabilisieren die Lage: Sie schützen zivile Helfer und ermöglichen so den zivilen Wiederaufbau. Ein Wiederaufbau des zerstörten Landes wäre ohne diesen militärischen Schutz nicht möglich.
- Wir dürfen das Erreichte nicht verspielen: Unsere Soldaten und Entwicklungshelfer haben in den letzten Jahren Großes geleistet und viel erreicht.
- Wir übernehmen internationale Verantwortung. Die Vereinten Nationen und unsere Verbündeten zählen auf uns – so wie wir auf sie. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, auch bei einem schwierigen Einsatz.

>>> „Wie wollen wir den Einsatz in Afghanistan zum Erfolg führen?“

Unser Handeln in Afghanistan ist mehr als zuvor auf die Stärkung der afghanischen Eigenverantwortung ausgerichtet. Hierzu haben die internationale Gemeinschaft und die afghanische Regierung bei der Londoner Konferenz verbindliche Ziele für Fortschritte in den Bereichen Entwicklung, Regierungsführung und Sicherheit vereinbart. Ziel ist eine Übergabe der Verantwortung in afghanische Hände. Dafür verstärken wir den zivilen Wiederaufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte.

- **Der Afghanistan-Einsatz wird erfolgreich sein, wenn wir Ausdauer, Entschlossenheit und Realismus beweisen.** Afghanistan kann so ein Land werden, das auf eigenen Beinen steht.
- **Eigenverantwortung der Afghanen stärken:** Darauf werden wir unsere weitere Unterstützung mehr als zuvor ausrichten – für bessere Regierungsführung und Verwaltungsfähigkeit, für eine verstärkte Korruptions- und Drogenbekämpfung, für die Übernahme der Sicherheitsverantwortung.
- **Konzentration auf das Wesentliche:** den zivilen Aufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte.
- **Die Hilfe soll sichtbar und fühlbar bei den Menschen ankommen.** Vor allem die ländliche Bevölkerung und die Jugend sollen Zukunftsperspektiven erhalten (insbes. durch Schaffung von Arbeitsplätzen). Und Schutz der Bevölkerung durch militärische Präsenz in der Fläche. So kann das Vertrauen der Bevölkerung in Regierung und Internationale Gemeinschaft erhöht werden.
- **Bessere Koordinierung und Schwerpunktsetzung:** In einem Gemeinsamen Koordinierungsrat und auf Grundlage der nationalen afgh. Entwicklungsstrategie werden gemeinsame Prioritäten entwickelt und die Hilfe gebündelt.
- **Die Verstärkung der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte** (im Oktober 2011 sollen 171.600 Soldaten und 134.000 Polizisten - insges. 305.600 - derzeit 197.000 - zur Verfügung stehen) dient dem Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 selbst die Verantwortung für die Sicherheit im Land übernehmen zu können.
- Die inzwischen rund **100.000 afghanischen Soldaten** nehmen heute an 90% aller ISAF-Operationen teil. **62% der Operationen führen sie bereits selbst.** Ihre Fähigkeiten und Moral werden schon jetzt hoch eingeschätzt.
- **Sicherheit und Wiederaufbau** sind zwei Seiten einer Medaille: Keine Sicherheit ohne Wiederaufbau und kein Wiederaufbau ohne Sicherheit. Ziviler Aufbau und Entwicklung, militärische Ausbildung und Schutz der Bevölkerung gehen Hand in Hand.

>>> „Was leistet Deutschland in Afghanistan?“

Deutschland stand von Anfang an in der ersten Reihe des internationalen Engagements in Afghanistan, im zivilen wie im militärischen Bereich: Es war Ausrichter der ersten Wiederaufbau-Konferenz (Nov. 2001, Bonner Petersberg), ist der drittgrößte bilaterale Geber (1,33 Mrd. €) für den Wiederaufbau und hat das inzwischen erfolgreich etablierte Konzept der „Provincial Reconstruction Teams“ (PRT) entwickelt (politisch geführter, ganzheitlicher Ansatz aus Wiederaufbau und Sicherheit; deutsche PRTs: Kunduz, Faizābād). Schwerpunkt unserer Leistungen in Nordafghanistan.

- **Beim Wiederaufbau konzentrieren wir uns in Nordafghanistan auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Wirtschaftsentwicklung:**
 - Wir haben u.a. zum Bau von 2000 Schulen beigetragen, damit ca. 11.000 neue Schulräume für ca. 25.000 Lehrer / ca. 500.000 Schüler geschaffen.
 - Mit 15 Mio. € haben wir zur Zahlung der Gehälter von rund 300.000 Lehrern sowie Richtern beigetragen,
 - Durch unsere Gesundheitsprojekte konnten seit 2006 über 700.000 Patienten behandelt werden, darunter besonders viele Mütter und Babys.
 - 600 Kilometer Straße und zahlreiche Brücken mit deutscher Hilfe gebaut.
 - Einkommen schaffende Maßnahmen, Lieferungen von Wassertanks, Saatgut sowie Bewässerungsvorhaben erreichten über 250.000 Haushalte.
- So helfen wir dringenden Bedürfnissen, wirken zugleich langfristig.
- Es gibt deutsches Engagement nicht nur im Norden, sondern auch in anderen Landesteilen, zuletzt etwa ein Straßenbau-Projekt im Süden.
- Ab 2010 werden die zivilen Aufbaumittel verdoppelt (430 statt 220 Mio. €).
- Der Bundeswehr ist es gelungen, den Norden zu einer relativ stabilen Region zu machen. Die häufigen Angriffe auf unsere Soldaten zeigen aber, wie gefährlich der Einsatz ist.
- Die Bundeswehr hat die Einsatzfähigkeit der afghanischen Streitkräfte durch ihr Trainingsprogramm entscheidend angehoben. Wir werden unsere Ausbildungstätigkeit intensivieren und mehr Präsenz in der Fläche zeigen.
- Beim Polizei-Aufbau hat Deutschland in führender Rolle bisher 30.000 Polizisten ausgebildet. Mit zusätzlichen Ausbildern (200 statt 123) werden künftig 5.000 Polizisten im Jahr, d.h. 15.000 Polizisten bis 2012 ausgebildet, das ist ca. 1/3 aller noch in ganz Afghanistan bis 2012 auszubildenden Polizisten.
- Das deutsche Konzept der regionalen Wiederaufbau-Teams („PRT“) ist erfolgreich. Hier werden die verschiedenen Akteure (Aufbaufachkräfte, Soldaten, Ausbilder) zusammengebracht und die Anstrengungen koordiniert. Inzwischen gibt es 26 solcher PRTs in ganz Afghanistan.

>>> „Was wurde bei der Londoner Afghanistan-Konferenz vereinbart?“

Die Londoner Strategie-Konferenz hat den Einstieg in eine schrittweise Übergabe der Verantwortung für Wiederaufbau und Sicherheit in afghanische Hände ab 2010 vereinbart. Dafür wird die Internationale Gemeinschaft den Aufbau der afghanischen Sicherheitsorgane und die zivile Hilfe verstärken. Die afghanische Regierung verpflichtet sich zu besserer Regierungsführung und wirksamerer Korruptionsbekämpfung, sie will binnen 5 Jahren die Sicherheitsverantwortung vollständig übernehmen

Sicherheit:

- Zusagen der Internationalen Gemeinschaft: Verstärkung der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte – im Oktober 2011 sollen 171.600 Soldaten und 134.000 Polizisten (insges. 305.600 - derzeit 197.000) zur Verfügung stehen.
- Zusagen der afghanischen Regierung: Binnen 3 Jahren sollen afghanische Kräfte die meisten Operationen im Kampf gegen die Taliban anführen. Binnen 5 Jahren soll die Verantwortung vollständig an die Afghanen übergehen.
- Übergabe der Verantwortung in einigen Provinzen 2010/2011 - falls die Bedingungen dafür gegeben sind, für ISAF dann dort unterstützende Rolle.

Wiedereingliederungsprogramm:

- Ziel: Taliban-Mitläufern Chance zur Rückkehr in afgh. Gesellschaft geben.
- Voraussetzung: Gewaltverzicht, Respektierung der Verfassung und Gesetze, keine Kontakte zu Al Qaida und anderen terroristischen Kräften
- Inhalt: Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramm unter afgh. Leitung. Es muss wirksam, transparent und nachhaltig sein, keine finanziellen Vorableistungen, sondern nur bezahlte Arbeit / Ausbildung. Beschluss 2010 auf internat. Konferenz in Kabul nach innerafgh. Friedensversammlung (Jirga).

Regierungsfähigkeit und Entwicklung:

- Korruption: Afgh. Regierung verpflichtet sich zu verstärkter Bekämpfung (u.a. Aufbau unabhängiger Anti-Korruptionsbehörden, Kampf gegen „Vetternwirtschaft“, mehr Transparenz in Finanzfragen, externe Evaluierung).
- Verwaltungsreform: Stärkung von Effizienz und Legitimität mit internat. Hilfe.
- Drogenanbau soll intensiver bekämpft werden.
- Wahlen: künftig sollen Betrug und Unregelmäßigkeiten verhindert werden.
- Wiederaufbau: vor allem ländl. Entwicklung, Bildung, Infrastruktur stärken.
- Schuldenerlass um weitere 1,6 Mrd. Dollar in Aussicht gestellt.

Mit dieser Strategie soll Afghanistan schrittweise mehr Verantwortung, die Internationale Gemeinschaft immer mehr eine unterstützende Rolle übernehmen.

>>> „Was leistet Deutschland für die Übergabe in Verantwortung?“

Damit in diesem Jahr mit dem Prozess der Übergabe in Verantwortung an die afghanische Regierung begonnen werden kann, wird Deutschland seine Hilfe für den zivilen Wiederaufbau verdoppeln und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte erheblich verstärken. Ziel ist eine Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten. In den nächsten vier Jahren sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die militärische Präsenz schrittweise zurückgeführt werden kann.

Sicherheit:

- **Bundeswehr: 1.400 statt 280 Ausbilder durch Umschichtung der Aufgaben im bestehenden Kontingent und zusätzliche Soldaten.**
- Entsendung von **zusätzlich 500 Soldaten** für Ausbildung, Begleitung, Schutz der Bevölkerung, Führungsleistung.
- Weitere **350 Soldaten** als flexibel eingesetzte **Reserve** (z.B. zur Absicherung der Parlamentswahlen im Herbst / für unvorhergesehene Lageänderungen).
- Damit Anhebung der **ISAF-Mandatsobergrenze** von 4.500 auf **5.350**.
- Mehr **Präsenz in der Fläche** zusammen mit den afgh. Soldaten („partnering“).
- **Anfang 2011 Beginn** der **Verantwortungsübergabe** in einzelnen Distrikten.
- **Polizei: 200 statt 123 Ausbilder** bis Mitte 2010, dadurch Ausbildung von **jährl. 5.000 Polizisten** (= 15.000/ca. 1/3 der noch in ganz Afghanistan bis 2012 auszubildenden Polizisten), Ausbildung von **500 afgh. Polizeilehrern** bis 2012.
- Aufbau **zusätzlicher Polizei-Infrastruktur** / Ausbildungsstätten.
- **60 statt 45 deutsche Experten** in der ESVP-Mission **EUPOL** Afghanistan

Wiedereingliederungsprogramm:

- D. bereit, zur Finanzierung über fünf Jahre insgesamt 50 Mio. € beizutragen.

Entwicklungsoffensive:

- **Verdoppelung** der jährlichen **Mittel für zivilen Aufbau** von 220 Mio. € auf 430 Mio. € ab 2010, Verstetigung bis 2013, Verpflichtungsermächtigungen. Fokussierung auf gute Regierungsführung und ländliche Entwicklung.
- **Konkrete Ziele** in den Schwerpunktprovinzen Nordafghanistans:
 - Beschäftigung und Einkommen für 3 Mio. Menschen (75% der Bevölkerung) bis 2013 (heute 30% = 1,3 Mio.) durch mehr ländliche Entwicklung,
 - 700 km ganzjährig nutzbare Straßen zusätzlich,
 - Energie und Trinkwasser für 2 Mio. Menschen (50% statt heute 22%),
 - Für weitere 500.000 Schüler ausgebildetes Lehrpersonal und geeignete Schulgebäude, dann können 60%, statt heute 25% zur Schule gehen.

>>> „Was leistet die Bundeswehr in Afghanistan?“

ISAF: Aufgaben der Bundeswehr u.a.: Sicherheitsunterstützung für afghanische Regierung, Ausbildungshilfe bei Reform des Sicherheitssektors, Sicherung der Wiederaufbauhelfer, Mitwirkung an ISAF-Führung, Nothilfe zugunsten Dritter, Verwundetentransport, Eigensicherung, Mitwirkung bei der Absicherung von Wahlen. Einsatzgebiet auf Regionalkommando Nord und Kabul beschränkt. Mit neuem Mandat (Beschluss vorauss. am 26.2.2010) personelle Obergrenze von 5.350 Soldatinnen und Soldaten. Das Mandat (Dauer bis 28.02.2011) ist an Mandat des VN-Sicherheitsrats gebunden.

Tornados: 6 Flugzeuge und 200 Soldaten seit 05.04.07 in Mazar-e-Sharif, reine Aufklärungsflugzeuge, deren Luftbilder zum Lagebild der ISAF beitragen. Keine sogenannte „Feuerleitfunktion“ (mehrere Stunden zwischen Aufnahme und Auswertung).

OEF: Die Beteiligung deutscher Soldaten am OEF-Einsatz (Operation Enduring Freedom) in Afghanistan wurde im November 2008 eingestellt.

- Die Bundeswehr hat seit 2006 die Führung des Regionalkommandos Nord. Zudem beteiligt sie sich an der Führung des ISAF-Einsatzes insgesamt.
- Unsere Soldaten sind in einem gefährlichen Kampfeinsatz. Sie sind hochmotiviert, sie zeigen Stärke, und sie haben sich im Kampf bewährt.
- Wichtige Veränderungen mit dem neuem Mandat:
 - Verfünffachung der Zahl der Kräfte (1.400 statt 280) für Ausbildung / Begleitung des aus 3 Brigaden bestehenden 209. ANA Korps durch Aufgabenschichtung im bestehenden Kontingent und zusätzliche Soldaten.
 - Auflösung der Quick Reaction Force (QRF): Schwerpunktverlagerung von dem gegenwärtig eher offensiven Vorgehen der QRF zu einer grundsätzlich defensiven Ausrichtung auf Ausbildung und Schutz.
 - Partnering: Ein neuer Schwerpunkt ist es, dass man Präsenz in der Fläche zeigt, um Ausbildung für die afghanische Armee und Polizei und Schutz für die afghanische Bevölkerung in Einklang zu bringen. Das geht nur, wenn man das an den Orten macht, wo man auch Kontakt zur Bevölkerung hat. Wer in der Fläche präsent ist, kann unter Feuer kommen und muss sich wehren können.
 - Verbesserung der Führungskapazitäten, um auch die zusätzlichen ca. 5.000 US-Soldaten unter deutschem Kommando führen zu können.
 - Entsendung von zusätzlich 500 Soldaten für Ausbildung, Begleitung, Schutz der Bevölkerung, Führungsleistung. Weitere 350 Soldaten als flexibel eingesetzte Reserve (z.B. zur Absicherung der Parlamentswahlen im Herbst / für unvorhergesehene Lageänderungen).

>>> „Die Bundeswehr ist in einem bewaffneten Konflikt im Einsatz“

Außenminister Westerwelle in seiner Regierungserklärung vom 10. Februar 2010 im Deutschen Bundestag: „Die Intensität der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzung mit Aufständischen und deren militärischen Organisationen führt uns zu der Bewertung, die Einsatzsituation von ISAF auch im Norden Afghanistans als *bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts* zu qualifizieren. [...] Die rechtliche Qualifizierung der objektiven Einsatzsituation von ISAF hat Konsequenzen für die Handlungsbefugnisse der Soldaten, für die Befehlsgebung und für die Beurteilung des Verhaltens von Soldaten in strafrechtlicher Hinsicht.“

- **Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen Rechtssicherheit und Klarheit für ihren Einsatz. Die Neubewertung der Bundesregierung hat dafür ein deutliches politisches Signal gesetzt.**
- **Für die Bundesregierung sind nun für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan die Regeln des humanitären Völkerrechts maßgebend – und nicht das deutsche Strafrecht.**

Die Bundesanwaltschaft hat sich am 16. April 2010 dieser Auffassung angeschlossen und das Ermittlungsverfahren gegen Oberst Klein wegen des Luftangriffs vom 4. September 2009 in der Nähe von Kunduz eingestellt. Der Angriff sei „völkerrechtlich zulässig“, da Oberst Klein „nicht mit der Anwesenheit geschützter Zivilisten rechnen musste“. Oberst Klein habe zudem verhältnismäßig gehandelt.

- **Aus der Neubewertung der Lage in Afghanistan ergibt sich keine Veränderung der Einsatzgrundlagen der deutschen Polizisten von Bund und Ländern. Der Einsatz von Polizeibeamten in Afghanistan ist nur in einem militärisch gesicherten Umfeld möglich.**
- **„Bewaffneter Konflikt“ ist ein Rechtsbegriff des Völkerrechts. Ein solcher Konflikt wird bei lang anhaltender bewaffneter Gewalt einer gewissen Intensität angenommen. Dieser kann international oder nicht-international sein.**
- **Ein solcher bewaffneter Konflikt ist nicht-international wenn er innerhalb eines Staatsgebiets zwischen der Staatsgewalt und organisierten bewaffneten Gruppen ausgefochten wird. Die afghanische Regierung trägt, unterstützt von ISAF, einen bewaffneten Konflikt mit Aufständischen (Taliban) aus.**
- **Der Begriff „Krieg“ (im humanitären Völkerrecht wird nur noch von „internationaler bewaffneter Konflikt“ gesprochen) hingegen bezieht sich völkerrechtlich auf bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Das ist beim ISAF-Einsatz nicht der Fall. Deutschland ist nicht mit Afghanistan im „Krieg“.**
- **Die ISAF-Kräfte – und somit auch die Bundeswehr – sind an der Seite der afghanischen Regierung Partei im bewaffneten Konflikt mit Aufständischen, sobald sie in Kampfhandlungen eingreifen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sich die Truppen verteidigen oder ob sie offensiv gegen Aufständische vorgehen. Die einschlägigen Rechtsnormen des Völkerrechts (etwa Waffeneinsatz gegen gegnerische Kämpfer, Schutz der Zivilbevölkerung, Vermeidung ziviler Opfer) sind im Einsatz zu beachten. Diesen Anforderungen müssen auch die nationalen militärischen Einsatzregeln, Operationspläne und Taschenkarten Rechnung tragen.**

>>> „In Afghanistan fallen deutsche Soldaten.“

„Niemand von uns verharmlost ... das Leid, das dieser Einsatz bei unseren Soldaten und ihren Familien, aber auch bei Angehörigen unschuldiger ziviler afghanischer Opfer hinterlässt. [...] Unsere im Einsatz gefallenen Soldaten waren tapfer, weil sie ihren Auftrag, unser Recht und unsere Freiheit zu verteidigen, in vollem Bewusstsein der Gefahren für Leib und Leben ausgeführt haben. [...] Sie haben uns Deutsche mit davor beschützt, dass wir in Zeiten der globalen Dimension unserer Sicherheit im eigenen Land Opfer von Terroranschlägen werden.“ (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung 22. April 2010)

- Im April 2010 sind sieben deutsche Soldaten in Afghanistan gefallen. Insgesamt haben wir seit Beginn den Tod von 43 deutschen Soldaten zu beklagen.
- „Auch wenn es nicht jedem gefällt, so kann man angesichts dessen, was sich in Teilen Afghanistans abspielt, durchaus umgangssprachlich [...] von Krieg reden.“ (Verteidigungsminister zu Guttenberg, 4. April 2010)
- Alle Soldaten, die in Afghanistan Dienst tun, verdienen unsere Solidarität und unser Mitgefühl. Sie leben ständig in Angst, verletzt oder getötet zu werden - damit wir zu Hause in Deutschland nicht diese Angst haben müssen.
- Diese Verluste dürfen nicht zum Anlass genommen werden, den Einsatz grundsätzlich in Frage zu stellen. Nach Anschlägen auf die Bundeswehr in Afghanistan sollte nicht der innenpolitische Streit dominieren, sondern die Unterstützung für unsere Soldatinnen und Soldaten.
- Vor allem aber darf an die Aufständischen in Afghanistan nicht das Signal gesendet werden, dass sie mit dieser Taktik die Verunsicherung in Deutschland erhöhen können. Wenn der Eindruck entsteht, wir würden uns von den Taliban und ihren Verbündeten einschüchtern lassen, dann steigt das Risiko für unsere Soldatinnen und Soldaten.
- Wir stehen sehr bewusst zum Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten sowie der Polizisten und der zivilen Helfer in Afghanistan. Ihr Einsatz ist gefährlich, aber er dient der Sicherheit unseres Landes.
- „Es geht um die Sicherheit Deutschlands, die Sicherheit Europas, die Sicherheit unserer Partner in der Welt, die auch am Hindukusch verteidigt wird.“ (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung 22. April 2010)
- Wenn wir aber den Einsatz in Afghanistan für richtig halten und das Mandat beschließen, dann ist es auch unsere Verantwortung für eine angemessene Ausstattung zu sorgen. Festzustellen, welche Art der Ausrüstung notwendig ist, das ist Aufgabe der militärischen Führung. Was für den Einsatz notwendig ist, muss der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden.

>>> „Der Afghanistan-Einsatz ist völkerrechtlich nicht legitimiert.“

Der ISAF-Einsatz ist durch insgesamt elf Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats legitimiert, die alle ohne Gegenstimmen verabschiedet wurden: Res. 1386 (20.12.01) setzte ISAF einstimmig ein. Das Mandat wurde seither neunmal verlängert, zuletzt durch Res. 1890 (08.10.10, einstimmig) bis zum 13.10.10.. Res. 1510 (13.10.03) anerkannte einstimmig die Übernahme der ISAF-Führung durch die NATO (seit 11.08.03, auf Bitten der UNO und der afghanischen Regierung) und weitete das Mandatsgebiet auf ganz Afghanistan aus.

Der Einsatz von Truppen zur Terrorbekämpfung im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (OEF), begonnen am 07.10.01, bezieht sich ebenfalls auf Res. 1386, darüber hinaus auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UNO-Charta. Deutschland ist daran von Anfang an beteiligt, seit dem 13.11.08 jedoch nur noch durch Marine-Einheiten am Horn von Afrika. Die Bundeswehr nimmt damit nicht mehr am OEF-Einsatz in Afghanistan teil.

- „**Dieses Mandat ist über jeden vernünftigen völkerrechtlichen oder verfassungsrechtlichen Zweifel erhaben.**“ (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung vom 22. April 2010)
- **Der ISAF-Einsatz ist durch elf Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats völkerrechtlich legitimiert. Alle elf wurden ohne Gegenstimmen verabschiedet – auch mit Stimmen aus Asien, Afrika und Südamerika.**
- **Die NATO führt ISAF seit August 2003, auf Bitten der UNO und der afghanischen Regierung. Für die Führungsübernahme durch die NATO stimmten u.a. auch Russland, China, Syrien, Angola und Pakistan.**
- **ISAF ist kein rein westlicher Einsatz: 46 Nationen beteiligen sich, darunter Jordanien, die Ukraine und die Vereinigten Arabischen Emirate.**
- **Der Einsatz wird darüber hinaus durch das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UNO-Charta gedeckt, auf den sich die Resolutionen des Sicherheitsrates auch ausdrücklich beziehen.**
- **Dieses Recht zur Selbstverteidigung kann auch kollektiv wahrgenommen werden, wie hier durch die NATO nach dem Angriff auf eines ihrer Mitglieder (Artikel 5 des Nordatlantikvertrages).**
- **Das Grundgesetz sieht gemäß Artikel 24 die Beteiligung der Bundeswehr an Maßnahmen der kollektiven Selbstverteidigung der NATO vor – auch außerhalb des Bündnisgebiets. Das Bundesverfassungsgericht hat dies 1994 bestätigt. (AWACS-Urteil vom 12.07.1994.)**
- **Auch OEF ist völkerrechtlich durch das Selbstverteidigungsrecht legitimiert.**

>>> „Keine Demokratie, keine Menschenrechte.“

Präsident Hamid Karzai steht seit dem 4.12.01 an der Spitze des afghanischen Staates. Seine Wiederwahl 2009 (nach den ersten Wahlen im Oktober 2004) verlief anders als von der afghanischen Verfassung vorgesehen: Im ersten Wahlgang, der von Manipulationsvorwürfen überschattet blieb, verfehlte Karzai die absolute Mehrheit der Stimmen; vor dem zweiten Wahlgang zog sein stärkster Herausforderer, der frühere Außenminister Abdullah, seine Kandidatur zurück, und Karzai wurde am 2.11.09 zum Wahlsieger erklärt. Das Ergebnis wurde international anerkannt.

- „Es gab manche Fortschritte, es gab zu viele Rückschritte, und unsere Ziele waren zum Teil unrealistisch hoch oder sogar falsch.“ (Bundeskanzlerin Merkel, Regierungserklärung 22. April 2010)
- Afghanistan wird keine Demokratie nach westlichem Muster werden, aber es kann ein Staat werden, dessen Bürger an politischen Entscheidungen teilhaben und in dem alle dieselben Rechte haben und wahrnehmen können.
- Die Präsidentenwahl in Herbst 2009 war ein Rückschlag. Sie hat gezeigt: Es gibt immer noch viel zu tun, um demokratische Strukturen in Afghanistan zu verankern.
- Präsident Karzai hat sich bei der Londoner Afghanistan-Konferenz gegenüber seinem Volk und der Internationalen Gemeinschaft verpflichtet, Korruption auszumerzen und gute Regierungsführung durchzusetzen.
- Bei künftigen Wahlen, wie den Parlamentswahlen am 18. September, sollen Betrug und Unregelmäßigkeiten verhindert werden. „Der Betrug bei der Präsidentenwahl hat uns gelehrt, dass der Wahlprozess verbessert werden muss“ (UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, FAZ 30.1.2010).
- Aber es gibt auch demokratische Fortschritte, die wir bereits sehen können und auf denen wir aufbauen können.
- Menschenrechte und Gleichberechtigung der Frauen sind in der afghanischen Verfassung verankert. Deutschland hatte bei der Ausarbeitung dieser Verfassung einen wichtigen beratenden Anteil.
- Frauen dürfen wählen, es gibt Ministerinnen und weibliche Parlamentsabgeordnete. Aber Traditionen und der Einfluss von islamistischem Gedankengut sind immer noch stark.
- Wir drängen die afghanische Regierung nachdrücklich, ihre Verpflichtungen in diesem Bereich einzuhalten.
- Unser Einsatz stärkt die Menschenrechte und trägt dazu bei, das Bewusstsein für Menschenrechte in Afghanistan zu verbessern.

>>> „Wir schützen in Afghanistan eine korrupte Regierung.“

Korruption wird als ein rasch wachsendes Problem gesehen: Im Index der wahrgenommenen Korruption (CPI, *Corruption Perception Index*) der Berliner NGO „Transparency International“ lag Afghanistan 2005 noch auf Rang 117 von 158 untersuchten Ländern; 2009 war es auf den zweitletzten Platz abgerutscht (179 von 180). Gründe sind eine schwache Zentralregierung, das Fehlen gefestigter administrativer Strukturen und eine oft unzureichende Kontrolle bei der Mittelvergabe durch ausländische Geber. Präsident Karzai wird zwar auch von seinen Kritikern nicht der persönlichen Vorteilnahme bezichtigt, doch werfen diese ihm vor, er schütze nahe Verwandte wie z.B. seinen Bruder, die tief in die Korruption verstrickt seien.

- **Die Internationale Gemeinschaft nimmt Berichte über Korruption im Verwaltungsapparat sehr ernst. Sie drängt Präsident Karzai und die afghanische Regierung zu einer wirksameren Bekämpfung dieses Problems.**
 - Die Korruption untergräbt die Wirksamkeit und die Anerkennung der neu aufzubauenden afghanischen Staatsstrukturen. Und sie bedeutet die Veruntreuung von Steuergeldern der ausländischen Geber, die dringend für den Wiederaufbau gebraucht werden.
- **Aber: Afghanistan ist ein armes Land mit schwachen Verwaltungsstrukturen, und zugleich erhält es seit einigen Jahren enorme Mittel von außen: Das schafft Versuchungen und Probleme.**
- **Die jüngste Afghanistan-Konferenz in London hat deshalb die afghanische Regierung zu konkreten Verbesserungen bei Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung verpflichtet, u.a. zum Aufbau unabhängiger Anti-Korruptionsbehörden, zum Kampf gegen „Vetternwirtschaft“, zu mehr Transparenz in Finanzfragen, zur Festlegung klarer und objektiver „Benchmarks“ für Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung und zu externer Evaluierung.**
- **Unterstützend stärken wir mit Programmen unserer Entwicklungszusammenarbeit die Fähigkeit der afghanischen Verwaltung zur Korruptionsbekämpfung durch den Aufbau interner Kontrollmechanismen. Und wir achten auf mehr Kontrolle bei unserer eigenen Mittelvergabe.**
- **Eine erste Bilanz dieser Maßnahmen wird bereits die nächste Konferenz in Kabul voraussichtlich Mitte Juli 2010 ziehen. Dort soll die afghanische Regierung ressortübergreifende nationale Entwicklungsprogramme vorlegen, die überprüfbare Zielvorgaben enthalten.**
- **Inzwischen gibt es bereits erste Erfolge: In einigen afghanischen Ministerien (Finanzen, Innen) gibt es inzwischen eine „Null-Toleranz“-Politik gegenüber Korruption. Dieser Ansatz muss auf die gesamte Verwaltung ausgeweitet werden.**

>>> „Afghanistan ist ein Drogenstaat.“

Situation 2009 laut Vereinte Nationen (UNODC): Afghanistan produziert 6.900 t und damit 90% der weltweiten Opium-Ernte; der Anbau erstreckt sich auf 123.000 Hektar in 14 der 34 Provinzen; 6,4% der Bevölkerung sind in die Produktion einbezogen. Im Vergleich zu 2002 gibt es eine starke Zunahme bei Produktion, Weltmarktanteil und Anbaufläche, aber einen Rückgang bei der Zahl der betroffenen Provinzen (2006 waren es 6, 2009 sind es 20). Die deutlichen Verbesserungen gegenüber dem Rekordjahr 2007 sind auch auf Überproduktion und in der Folge stark gefallene Preise zurück zu führen.

Das Mandat des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr sieht explizit keine Maßnahmen zur Drogenbekämpfung vor; dahinter steht auch die Überlegung, dass einer Armee viele der dafür erforderlichen polizeilichen Fähigkeiten fehlen. Die Bundeswehr ist deshalb bei der Drogenbekämpfung nur unterstützend tätig, während die eigentliche Bekämpfung den afghanischen Sicherheitskräften obliegt.

- **Es gibt ein großes Drogenproblem, daran ist nichts zu beschönigen. Zwischen Drogenhandel, Aufständischen und anderen kriminellen Aktivitäten wie Korruption und Menschenhandel bestehen enge Verbindungen.**
- **Der Drogenanbau verschlechtert die Sicherheit, denn er bringt viel Geld für Aufständische. Und er floriert besonders dort, wo die Sicherheit schlecht ist: in sieben Provinzen im Süden und Südosten. Diese Wechselwirkung zeigt aber auch: Wenn wir die Sicherheit verbessern, wird auch der Drogenanbau zurückgehen.**
- **Die internationalen Geber und Deutschland richten zugleich ihre Anstrengungen verstärkt auf die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung: Wir wollen diese fördern, um so den Drogenanbau einzudämmen.**
- **Ein wichtiger Beitrag zur Drogenbekämpfung ist nicht nur die Verstärkung der Polizeiausbildung. Auch die internationale Unterstützung für eine bessere Regierungsführung, korrektes Verwaltungshandeln, Verstärkung der Korruptionsbekämpfung, Verbesserung der Einkommenssituation trägt dazu bei.**
- **Erste Erfolge sollten nicht übersehen werden: 2009 gab es 37% weniger Anbaufläche als 2007 und 16% weniger Produktion. 20 der 34 Provinzen sind inzwischen Opium-frei, nur noch 14 Provinzen sind betroffen – 2007 waren es noch 21. Mehr als 800.000 Menschen sind im letzten Jahr aus dem Drogengeschäft ausgestiegen.**
- **Die Bundeswehr unterstützt die Drogenbekämpfung durch die afghanischen Sicherheitskräfte.**

>>> „Nichts ist gut in Afghanistan.“

Wirtschaft: BIP pro Kopf seit 2001 vervielfacht (700 USD, 2008). Seit Jahren hohes Wachstum (IWF 2009: 15%). Lokale Unternehmen können mehr und mehr Waren und Dienstleistungen für den Wiederaufbau bereitstellen.

Bildung: Seit 2001 mehr als 3500 neue Schulen, 6,2 Mio. Schüler, 19 Universitäten.

Gesundheit: 85% der Bevölkerung haben Zugang zu medizinischer Basisversorgung.

Pressefreiheit: mehr als 80 Radio- und Fernsehstationen (viele davon privat).

- Die Bilanz des Afghanistan-Einsatzes ist gemischt. Es gab manche Fortschritte und zu viele Rückschläge. Es bleibt noch viel zu tun, aber wir sollten unsere Erfolge nicht klein reden.
- 2001 gab es keinen Staat mehr, die Menschen lebten in bitterer Armut. Heute wachsen Wohlstand und Wirtschaft jedes Jahr mit hohen Raten (2009: 15%).
- 2001 gab es fast keine Schulen mehr. Heute sind 6,2 Mio. Kinder in der Schule (fünffach mehr als 2001), 3500 neue Schulgebäude wurden gebaut.
- 2001 gab es praktisch keine weiterführende Bildung mehr. Heute studieren mehr als 50.000 junge Menschen an 19 Universitäten, weitere 10.000 sind an Berufsschulen. Über 30.000 Lehrer wurden ausgebildet.
- 2001 gab es keine Gesundheitsversorgung mehr. Heute haben 80% der Bevölkerung Zugang zu medizinischer Basisversorgung. Die Kindersterblichkeit ist um 50% gesunken.
- 2001 gab es fast keine Infrastruktur mehr. Heute sind 14.000 km Straßen neu gebaut oder repariert worden. Alle Provinzen in Nordafghanistan sind über gut ausgebaute Straßen mit Kabul und den Nachbarstaaten verbunden.
- 2001 waren Frauen und Mädchen Menschen zweiter Klasse. Heute ist die Gleichberechtigung in der Verfassung verankert, Mädchen gehen wieder zur Schule, und es gibt weibliche Abgeordnete und Kabinettsmitglieder.
- 2001 gab es keine freie Meinungsäußerung mehr. Heute gibt es mehr als 80 Radio- und Fernsehstationen, viele davon in privater Hand. Regional gesehen (Zentralasien, Iran, Pakistan) vergleichsweise freie Berichterstattung.
- Zu all dem haben unsere Soldaten und Aufbauhelfer unter schwierigen Umständen maßgeblich beigetragen, das wird international anerkannt.

>>> Anhang: Beispiele konkreter Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

Deutsche Entwicklungs- und Aufbauarbeit verfolgt das Ziel, afghanische Eigenverantwortung und Reformen zu stärken. Dazu werden laufende Kosten des afghanischen Staates (Gehälter, Betriebs- und Wartungskosten etc.) und Investitionsprogramme finanziert. Ein besonderes Anliegen ist die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, z.B. durch Rechtsberatung und Training für Polizisten, Staatsanwälte und Richter. Weitere Elemente sind die Förderung der Demokratie und der Zivilgesellschaft.

Die Entwicklungs- und Aufbauarbeit engagiert sich in folgenden Schwerpunkten:

- Infrastruktur: Grundlage für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt
 - Von der Wiederherstellung und dem Aufbau der Trinkwasserversorgung in Herat, Kunduz und Kabul profitieren bisher rd. 1 Mio. Menschen. Das Programm wurde inzwischen auf den Norden (Faizābād, Imam Saheb, Balkh) ausgeweitet.
 - Nach deutscher Beratung beschloss die afghanische Regierung ein neues Wassergesetz, das auf die Stärkung der Wasserversorger abzielt.
 - Durch den Wiederaufbau des Stromnetzes von Kabul und den Bau einer Leitung aus den nördlichen Nachbarländern wurde die Stromversorgung der Städte verbessert. Die in Stand gesetzten Wasserkraftwerke Mahipar und Sarobi produzieren nun rund 1/3 des in der Provinz Kabul erzeugten Stroms.
 - Mit dem Bau von Straßen und Brücken und der Erschließung von Bewässerungs- und Anbaugebieten wurde die Wirtschaft im Norden unterstützt.
- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe: Alternativen zum Schlafmohnanbau
 - Mit der Gründung der afghanischen Investitionsförderagentur AISA konnten bereits rd. 9.000 Investoren unterstützt werden, die Investitionen von rd. 2 Mrd. Euro und die Schaffung von ca. 370.000 Arbeitsplätzen planen.
 - Die Reform der afghanischen Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkervereinigungen in Kabul und Kunduz verbessert die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des afghanischen Privatsektors.
 - Durch den Aufbau einer Mikrofinanzbank konnten ca. 280.000 Kleinunternehmen mit Krediten über rund 130 Mio. Euro gefördert werden.
 - Mit der Wiedereinführung des Zuckerrübenanbaus und Instandsetzung einer Zuckerfabrik in Baghlan werden langfristige Existenzgrundlagen für rd. 12.000 Menschen geschaffen.
- Grund- und Berufsbildung: Neue Zukunftsperspektiven für afghanische Kinder
 - Allein durch deutsche EZ-Projekte wurden Grundschulen für rund 250.000 Schülerinnen und Schülern gebaut und bisher rd. 3.500 neue Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet. Flankiert wird dies durch die Beratung des Bildungsministeriums bei der Entwicklung von Curricula.
 - Zudem wurde die technische Schule Kabul in Stand gesetzt und ausgebaut. In Vorbereitung ist die Ausbildung von Berufsschullehrkräften insbesondere für die technischen Schulen in Kabul, Kandahār und Khost.